

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.  
**SPD**

» AN DER SEITE DER  
BESCHÄFTIGTEN IN  
UNSERER STADT

» DIE GESCHICHTE  
EINER GEFLÜCHTETEN



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

ein Jahr imperialistischer Angriffskrieg – der 24. Februar war ein trauriger Jahrestag! Das vergangene Jahr hat viel Leid und Schmerz gebracht. Aber auch die hoffnungsvolle Erkenntnis: Freiheitsliebe ist stärker als rohe Gewalt!

Und die freudige Erkenntnis: Europa lässt sich nicht spalten. Auch in Nürnberg gab es eine Welle der Solidarität. Menschen öffneten ihre Wohnungen und Herzen für Kriegsflüchtlinge. Putins perfide Logik ist nicht aufgegangen.

Das liegt nicht zuletzt auch an der SPD-geführten Bundesregierung. Wir können froh sein, dass wir einen Kanzler haben, der mit kühlem Kopf die Zeitenwende gestaltet. Unsere Hoffnung für dieses Jahr ist Frieden. Doch – hier muss man Sahara Wagenknecht und ihrer Querfront widersprechen – eine bedingungslose Kapitulation der Ukraine ist kein Frieden. Es ist richtig, dass Deutschland auch mit Waffen deren Selbstverteidigung bis zu ernstgemeinten Friedensverhandlungen ermöglicht.

Einen weiteren furchtbaren Jahrestag hatten wir gerade: die Machtübernahme der Nationalsozialisten und der Sturm auch unseres SPD-Hauses. Wir gedenken heuer wieder den Opfern der NS-Diktatur. Und wir erinnern uns mit Stolz daran, dass unsere SPD die erste deutsche Demokratie bis zuletzt verteidigt hat. Daraus leitet sich unser Selbstverständnis ab – und ein andauernder Auftrag im Kampf gegen neue Rechte: nie wieder!

Euer

Nasser Ahmed

## „NÜRNBERG UND BAYERN BRAUCHEN EINE STARKE SPD FÜR MEHR SOZIALE POLITIK“

**DAS NEUE GENERALSEKRETÄRS-DUO DER  
BAYERNSPD IM INTERVIEW**



Ruth Müller und Nasser Ahmed bilden seit Mitte Januar das Generalsekretärs-Duo der BayernSPD.

**Seit bald zwei Monaten seid ihr das Generalsekretärs-Duo der BayernSPD, was hat sich für euch seitdem verändert?**

Wir durften in den vergangenen Wochen das Team in der Parteizentrale im Oberanger kennenlernen, haben schon an einer Klausur des Landesvorstands in Aschaffenburg teilgenommen und arbeiten uns in die Wahlkampagne 2023 ein. Unser Fokus hat sich aus unseren politischen Schwerpunkten, wie etwa Landwirtschaft/Umwelt/Frauen oder Verkehr/Sport sehr geweitet: Wir müssen jetzt in der Tiefe sprachfähig werden auf allen Politikfeldern. Und wir reisen jetzt noch viel mehr durch unser wunderschönes Land, als zuvor.

**Welche Eigenschaften schätzt ihr jeweils an dem/der anderen?**

Nasser: Ich schätze an Ruth ihren Tatendrang und ihre sehr pragmatisch-anpackende Art. Während andere noch überlegen, ist Ruth schon am Lösen von Problemen. Zudem kann ich sehr viel von ihr lernen. Denn sie ist einfach schon länger politisch tätig und hat sehr viel Erfahrung im Bayerischen Landtag sammeln können.

Ruth: Nasser ist ein Mensch, der sehr analytisch denken kann und eine große Erfahrung in der Projektentwicklung mitbringt, hier ergänzen wir uns sehr gut. Er kann sehr schnell denken, ist schlagfertig und ich habe vom »

ersten Telefonat an eine sehr vertrauensvolle und wertschätzende Atmosphäre der Zusammenarbeit erlebt. Und wir können über dieselben Sachen lachen.

#### Wie sieht bei euch die Arbeitsteilung aus?

Wir sehen uns als Tandem und Team. Uns zeichnet eine große Vielfalt aus. Wir stehen sinnbildlich für Bayerns Vielfalt. Als Niederbayerin übernimmt Ruth freilich vor allem Terminanfragen und Veranstaltungen für die Spitze im Süden Bayerns. Als Nürnberger ist Nasser eher durch Franken unterwegs. Auch thematisch ergänzen wir uns sehr gut. Zudem sprechen wir durch unsere verschiedenen Lebensbiographien jeweils andere Wählergruppen an.

#### Was erwartet uns im Wahlkampf von der BayernSPD?

Wir werden aufzeigen, welche Vorstellungen wir von einer besseren Politik in Bayern haben. Wir werden mit unserem Spitzenkandidaten Florian von Brunn von Aschaffenburg bis Zwiesel und vom Allgäu bis Wunsiedel unterwegs sein, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Unsere Wählerinnen und Wähler werden merken: Die SPD ist da, wo die Menschen sind – Vor Ort und unterwegs im Land.

#### Welche thematischen Herausforderungen gilt es in Bayern zu bewältigen?

Für die Menschen in unserem Land ist es wichtig, dass ihr Arbeitsplatz sicher ist – und dazu brauchen wir eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Familien in Bayern sollen sich darauf verlassen können, dass ihr Kind die beste Bildung und Betreuung in KiTa und Schule bekommt. In vielen Kommunen sind die Angebote von bezahlbaren Wohnungen so rar wie ein Lottogewinn – und deshalb wollen wir dafür sorgen, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Gesundheitsangebote müssen wohnortnah vorhanden sein und wer für seine Eltern oder Großeltern einen Platz im Pflegeheim sucht, muss diesen auch finden.

#### Zum Abschluss noch die Frage: Was möchtet ihr unseren Nürnberger Genoss\*innen mitgeben?

Wir beide freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf mit euch! Nürnberg und Bayern brauchen eine starke SPD. Für mehr soziale Politik. Wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen, werden wir ein gutes Wahlergebnis einfahren. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten.



## AN DER SEITE DER BESCHÄFTIGTEN IN UNSERER STADT

von **BERND HAMPEL**

Am 18.11.2022 fand erneut der Gewerkschaftsrat der SPD Nürnberg statt. Unser Kämmerer Harald Riedel war zu Gast und stellte den Haushalt der Stadt Nürnberg vor. Die anschließende Diskussion war geprägt von den Fragen der konkreten Umsetzung und den Auswirkungen auf die Beschäftigten und Bürger\*innen der Stadt. Die Tatsache, dass der Stellenabbau sozialverträglich passieren wird und viele Bereiche, wie pädagogisches Personal oder die IT von der Stellenkürzung ausgenommen sind, wurde positiv bewertet. Auch die Kommission, die in Härtefällen entscheiden soll, wurde positiv bewertet. Die Gewerkschaften machten deutlich, dass der Schutz der verbleibenden Beschäftigten vor Überlastung und Arbeitsverdichtung von zentraler Bedeutung ist. Alle Anwesenden waren sich einig, dass es eine Aufgabenkritik bei der Stadt Nürnberg braucht.

Neben der Frage des Haushaltes, stellte Stephan Doll die DGB Initiative zur Tariftreue vor. In Bayern fehlt seit Jahren ein Tariftreuegesetz, das Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, verpflichtet,

seine Beschäftigten nach Tarifvertrag zu bezahlen und betriebliche Mitbestimmung zuzulassen. Unser stellvertretende Parteivorsitzende Bernd Hampel sagte zu, dass die SPD das Thema Tariftreue im Landtagswahlkampf 2023 setzen und lautstark einfordern wird.

Da die aktuelle bayerische Staatsregierung das Thema sträflich vernachlässigt, möchte der DGB, dass wir vor Ort aktiv werden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Stadt Nürnberg sollen nicht nur ökologische und wirtschaftliche Aspekte, sondern auch Rechte der Beschäftigten in den Betrieben berücksichtigt werden. Unser Vorsitzender der Stadtratsfraktion Thorsten Brehm sicherte zu, das Thema in den Stadtrat und in die Verwaltung der Stadt zu tragen.

Es wurde vereinbart, dass der nächste Gewerkschaftsrat im ersten Halbjahr 2023 stattfinden soll. Alle haupt- und ehrenamtlich aktiven Gewerkschafter\*innen, sowie alle Betriebs- und Personalratsmitglieder und ohne SPD Parteibuch sind herzlich eingeladen, zu kommen. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schreibt bitte eine Email an [nuernberg@spd](mailto:nuernberg@spd).

### Impressum

**Herausgeber:** SPD Nürnberg  
**Verantwortlich:** Andreas Mittelmeier  
**Redaktion:** Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman  
**Grafische Gestaltung:** Michael Graf  
**Korrektorat:** Dagmar Köhnlein  
**Redaktionsanschrift:** der springende punkt  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg  
**E-Mail:** [dsp@spd-nuernberg.de](mailto:dsp@spd-nuernberg.de)  
**Tel:** 0911 - 438960  
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.  
**Auflage:** 5.500 Exemplare

Nürnberg.  
**SPD**

## ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2023: DIE GESCHICHTE EINER GEFLÜCHTETEN



Liebe Genossinnen, Liebe Genossen,

als die UNO-Generalversammlung 1977 den 8. März als internationalen Frauentag ausrief, proklamierte sie ihn offiziell als „Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“. Diese Ziele gewinnen einmal mehr in der aktuellen Weltlage enorme Bedeutung.

Vor wenigen Tagen jährte sich der schreckliche Überfall Russlands auf die Ukraine zum ersten Mal. Über 18 Millionen Menschen waren seitdem gezwungen ihr Zuhause verlassen – viele Ukrainer\*innen erfahren seitdem unbegreifliches Leid, Tod und Unrecht. Fast eine Million Ukrainer\*innen haben Zuflucht in Deutschland gesucht und gefunden. Putins Angriffskrieg findet noch immer kein Ende und solange es keinen Frieden für die Ukraine gibt, ist alles was zählt unsere Solidarität.

In Zeiten, in denen sich Politiker\*innen nicht schämen, ukrainischen Geflüchteten Sozialtourismus zu unterstellen, in denen steigende Unzufriedenheit zu spüren ist, weil auch wir hier durch die Energiekrise die Folgen des Krieges erleben, müssen wir alle weiterhin solidarisch bleiben und dürfen uns nicht durch billigen Populismus spalten lassen.

Wir möchten deshalb gerne mit Euch den nachfolgenden, hoffnungsvollen Text von Yevgeniya teilen. Es sind Erfahrungen, wie sie sicher viele Ukrainer\*innen erleben müssen, von Flucht, von Angst, Krieg aber auch von Hoffnung.

Wir hoffen, dass Euch ihre Worte genauso berühren, wie uns.

Mit solidarischen Grüßen  
Eure ASF



## „NUR MIT FRAUEN GELINGT DIE INTEGRATION - WIE KANN DIE ROLLE DER FRAUEN BEI DER INTEGRATION GESTÄRKT WERDEN?“

Diskussionsveranstaltung der SPD-  
Bundestagsfraktion

» Mit:  
Rasha Nasr, MdB  
Gabriela Heinrich, MdB  
Elisabeth Ries, Referentin für Jugend,  
Familie und Soziales der Stadt Nürnberg  
Canan Candemir, Vorsitzende ASF Nürnberg

» Wann: 21.03.2023,  
19:00 - ca. 21:00 Uhr  
Ort: eckstein, Burgstraße 1-3,  
90403 Nürnberg; barrierefrei

» Anmeldung (bis 17.03.2023):  
[gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich.mdb@bundestag.de)

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

# DIE GESCHICHTE EINER GEFLÜCHTETEN



von YEVGENIYA MOLKINA

Diese Geschichte beginnt mit einer Entscheidung. Einer Entscheidung, die mein Leben veränderte, einer Entscheidung, die ich eine Woche lang gewagt habe, einer Entscheidung, bei der dir niemand sagen kann, was, wann und wie du es tun sollst, der schwierigsten Entscheidung meines Lebens.

Das Wichtigste für alle Eltern ist die Sicherheit ihrer Kinder. Dies habe ich nach dem 24. Februar 2022 verstanden. Meine Familie und ich kommen aus Charkiw, einer wunderschönen Stadt in der Ostukraine, die heutzutage vielen Menschen bekannt ist. Zufälligerweise zog ich sechs Monate vor Kriegsbeginn nach Kiew, nachdem ich eine neue Arbeitsstelle gefunden hatte. Ich verließ Kiew am 1. März 2022, nach sieben Tagen schmerzhafter Entscheidungen, schlaflosen Nächten, dem Geräusch von Explosionen und der Hoffnung, dass keine der Bomben mein Haus treffen würde.

Meine Eltern entschieden sich, in Charkiw zu bleiben.

Wenn man vor einem Krieg flieht, hat man keinen Plan. Das Ziel ist es, sich zu retten und einen sicheren Ort zu finden. Du gehst ins Unbekannte, aber das macht dir am wenigsten Angst. Die Hauptsache ist, dass du irgendwo hinkommst, wo die Raketen nicht hinkommen. Wisst ihr, was das Schwierigste an dieser Entscheidung war? Man weiß nicht, ob man auf der Straße am anderen Ende des Landes oder in seiner Lieblingswohnung sicherer ist. Grundsätzlich weiß man nichts mehr über diese Welt.

Dieser Weg „nach Nirgendwo“ führte mich nach Nürnberg, zu meinen guten Freunden, die hier schon lange lebten und ihre Verwandten und Bekannten retteten. Und irgendwann merkt man, dass man jetzt zwar in Sicherheit ist, aber immer noch im Ungewissen lebt, in einem anderen Land, mit einer anderen Kultur, und sich nun ein neues Leben von Grund auf aufbauen muss. Für mich, obwohl ich ein halbes Jahr in Deutschland studiert habe und Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitze, war es eine Herausforderung. Ich kann mir gar nicht vorstellen, was für eine Situation das für Menschen ist, die keine Erfahrung mit dem Leben im Ausland haben und die Sprache nicht kennen.

Aber diese Geschichte handelt von guten Dingen, diese Geschichte handelt von der Tatsache, dass ich durch eine Initiative der Stadt Nürnberg, durch einen puren Zufall, meine Gastfamilie kennengelernt habe



## Zur Person

Yevgeniya ist 28 Jahre alt und stammt aus Nürnbergs ukrainischen Partnerstadt Charkiw. Sie ist eine starke Frau und eine beeindruckende Juristin, die zuletzt in der Ukraine für die Menschenrechtsorganisation „Right to protection“ gearbeitet hat. Right to Protection ist eine Nicht-Regierungsorganisation, die sich für den Schutz der Rechte von Asylbewerber\*innen, Flüchtlingen, Staatenlosen und Personen ohne Papiere sowie von Binnenvertriebenen und Konfliktopfern einsetzt. Sie ist letztes Jahr kurz nach Kriegsbeginn nach Nürnberg geflohen und hat hier ein neues Zuhause gefunden.

(oder sollte ich sagen «Meine Gastfamilie mich gefunden hat»). Das Wohnhaus der Familie war der erste Ort in Deutschland, den ich „mein Zuhause“ nennen konnte. Es geht um die unglaubliche Unterstützung während der ersten Kriegsmonate für die Tausenden von Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit nach Nürnberg kamen. Es geht vor allem um die Unterstützung jedes ehrenamtlichen Mitarbeiters, jedes Flüchtlingsbetreuers, jedes Arztes, jedes Sozial- und Migrationsbeamten, die in so kurzer Zeit mit einer unglaublichen Anzahl von Menschen umgehen mussten. Mein neues Leben begann mit der großartigen Unterstützung von Dutzenden von Fremden und Unbekannten, denen ich es zu verdanken

habe, dass ich jetzt arbeite, eine eigene Wohnung habe und anfangen kann, mein Leben neu zu planen.

Der Krieg kostet Hunderttausende von Menschenleben, ruiniert das Leben von 40 Millionen Menschen, aber mir persönlich hat er den Glauben an die Menschheit und den Glauben an die Menschen genommen - oder er hat versucht, ihn mir zu nehmen. Er versuchte es, konnte es aber nicht. Denn Deutschland, Nürnberg und seine Menschen haben mir den Glauben an das Gute an sich und an alles Gute in dieser Welt zurückgegeben.

Mit grenzenloser Dankbarkeit,  
Yevgeniya



## OTTO WELS: „FREIHEIT UND LEBEN KANN MAN UNS NEHMEN, DIE EHRE NICHT.“

von RÜDIGER LÖSTER

Vor 90 Jahren: Nachdem die Regierungsgewalt von den konservativen Parteien an Hitler übergeben wurde, gingen die Nazis unverzüglich und systematisch daran, ihre Macht auszubauen und zu sichern. Mit dem am 23. März 1933 in der Berliner Krolloper beschlossenen und am 24. März im Reichsgesetzblatt verkündeten „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ war nach der „Reichstagsbrandverordnung“ die zweite rechtliche Grundlage für die nationalsozialistische Diktatur geschaffen worden, die Republik war abgeschafft. Dies schafften die Nazis mit den Stimmen der konservativen und bürgerlichen Parteien, einzig die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag stimmte gegen das Gesetz, den gewählten kommunistischen Abgeordneten war es bereits nicht mehr möglich, an der Sitzung teilzunehmen. Weitere Ermächtigungsgesetze auf Länderebene folgten.

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes war ein wichtiger Schritt getan, um Hitlers Drohung umzusetzen: „Gebt mir vier Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen“. Nun war es möglich, dass die Reichsregierung auch abweichend von der Verfassung agieren konnte, niemand konnte die Regierung kontrollieren. Hitlers Absicht, den Reichstag auszuschalten und die Verfassung de facto außer Kraft zu setzen, war damit umgesetzt. Die Geschäftsordnung des Reichstages wurde zuvor geändert, um formal den Anwesenheitsanforderungen trotz Inhaftierung und Abwesenheit der kommunistischen Abgeordneten gerecht werden zu können, das Ermächtigungsgesetz wurde unter illegal im Reichstag anwesenden bewaffneten und uniformierten SA- und SS-Angehörigen beschlossen. Das Gebäude wurde von der SS abgesperrt, hinter dem Podi-

um hing eine riesige Hakenkreuzfahne. Dann betrat Hitler in der Parteiuniform das Podium: Es war seine erste Rede vor dem Reichstag.

Der bayerische Reichstagsabgeordnete Josef Felder (SPD) schilderte die Situation in der Krolloper:

„SA- und SS-Leute betraten in völlig unzulässiger Weise den Saal der Abgeordneten und bildeten einen dichten Kordon um die Sitze der SPD. Ihre gezischten Drohungen und billigen Witze verstummten erst, als Hitler mit seiner programmatischen Rede begann. Bei jedem seiner sarkastischen Hiebe gegen die SPD fieberten die braunen Gäste um uns und es sah mehr als einmal so aus, als könnten sie den Zeitpunkt einer ‚persönlichen Abrechnung‘ mit uns nicht erwarten.“

Am Spätnachmittag antwortete der Reichstagsabgeordnete und SPD-Vorsitzende Otto Wels auf die Rede Hitlers:

„[...] Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. [...] Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. [...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Mensch-

lichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass die konservativen und bürgerlichen Parteien, das Zentrum, Bayerische Volkspartei, DNVP, Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei dem Ermächtigungsgesetz zustimmen würden. Prominente Beispiele dafür waren u. a. der spätere Bundespräsident Theodor Heuss (Deutsche Staatspartei), der spätere Bundesminister und CDU-Politiker Ernst Lemmer und der erste Ministerpräsident von Baden-Württemberg Reinhold Maier (DStP), sie stimmten Hitlers Ermächtigungsgesetz zu.

Mit 444 Stimmen gegen die 94 Stimmen der SPD wurde das Ermächtigungsgesetz angenommen. Die Nazis feierten dies mit dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes, der Deutsche Reichstag hatte sich – mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien – selbst entmündigt, die Demokratie war abgeschafft.

Josef Felder schrieb:

„Die bürgerlichen Parteien hatten Angst, wir hatten auch Angst. Wir waren auch Menschen und Familienväter. Unsere Frauen riefen in Berlin an und fragten, ob wir überhaupt noch zurückkommen. Zu zweit, zu dritt wohnen wir im Hotel, um uns gegenseitig zu verteidigen. Es war nicht so, dass wir Helden waren. Aber wir waren uns klar darüber, dass wir den Parlamentarismus zu verteidigen haben, was auch komme, bis zuletzt. Und deshalb stimmten wir mit ‚Nein‘.“

Nach dieser Abstimmung im Reichstag hatten die Nazis freie Hand: entsprechende Ermächtigungsgesetze auf Länderebene folgten, nach wenigen Wochen wurden die Gewerkschaften verboten und ihr Vermögen eingezogen, und bis zum Sommer 1933 wurden nach und nach alle Parteien außer der NSDAP verboten – auch die mit den Nazis koalierende DNVP. Am 1. Dezember 1933 wurde dann von den Nazis die „Einheit von Staat und Partei“ verkündet, fast alle neuen Gesetze wurden in den Folgejahren ohne Reichstag von der Reichsregierung bzw. Hitler selbst erlassen, nach Kriegsbeginn wurden die Gesetze durch „Führerbefehle“ ersetzt. Das Ermächtigungsgesetz wurde 1937 und 1939 vom Reichstag, in dem nun nur noch Nazis saßen und der keine demokratische Institution mehr war, verlängert.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Viel wurde in den letzten Jahren über die Pflegekräfte und ihre Bezahlung diskutiert. Zu Recht. Aber was ist eigentlich mit Pflegebedürftigen, die zu Hause gepflegt werden und ihren Angehörigen?

Wir brauchen in diesem Jahr eine Pflegereform. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat es so zusammengefasst: „Wir wollen insbesondere die Pflege durch Angehörige und durch ambulante Dienste besserstellen“. Wie wichtig dieser Fokus ist, zeigen die Zahlen: Von derzeit fünf Millionen Pflegebedürftigen werden mehr als vier Millionen zu Hause gepflegt – mehr als die Hälfte davon alleine durch Angehörige, der Rest in Kombination mit ambulanten Diensten. Pflege ist weit überwiegend eine Familienangelegenheit – und weiblich. Zwei Drittel der pflegenden Angehörigen sind Frauen.

Gleichzeitig stehen wir vor immensen Herausforderungen: Die Zahl der Leistungsbeziehenden in der Pflegeversicherung hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Ausgaben der Pflegeversicherung sind durch Leistungsverbesserungen sogar noch schneller gestiegen: Von rund 22 auf rund 54 Milliarden Euro im Jahr. Entsprechend ist der Beitragssatz gestiegen. Karl Lauterbach hat bereits angekündigt, dass wir um eine weitere Anhebung der Beiträge nicht herumkommen.

Unsere älter werdende Gesellschaft ist eine Herausforderung für die gesetzliche, soziale Pflegeversicherung. Entscheidend für den Pflegebedarf ist vor allem die Zahl der Hochaltrigen: Das Risiko der Pflegebedürftigkeit für Menschen zwischen 60 und 80 Jahren ist noch recht gering (8,4 Prozent). Nach dem 80. Geburtstag steigt es rasant – fast die Hälfte der Menschen über 80 ist auf Pflege angewiesen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter steigen: 2030 könnten schon sechs Millionen Menschen auf Pflege angewiesen sein – eine Million mehr als heute.

Um darauf vorbereitet zu sein, braucht es nicht nur mehr Geld für die Pflege und bezahlbare Angebote für die schon seit Jahren steigende Zahl der Pflegeeinrichtungen. Es braucht auch mehr Beratung, Unterstützung und Begleitung für pflegende Angehörige. Diese müssen mitunter Arbeit, Pflege und Familie vereinen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die einen starken Sozialstaat erfordert. Die Angehörigen dürfen nicht alleine gelassen werden!

Im Koalitionsvertrag haben wir einige Verbesserungen erreicht, deren Umsetzung aber noch aussteht. Die Umsetzung hakt vor allem

## WEITERE VERBESSERUNGEN DER PFLEGE?

am Finanzbedarf. Deswegen werben wir gegenüber dem Bundesfinanzministerium für mehr Mittel für die Pflege. Damit wollen wir endlich eine Dynamisierung des Pflegegeldes durchsetzen. Dieses – bis zu 900 Euro monatlich – erhalten Angehörige, wenn sie selbst die Pflege übernehmen. Wir wollen, dass es jährlich steigt – gerade auch vor dem Hintergrund der Inflation. Leistungen wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege wollen wir zudem in einem unbürokratischen und flexiblen Entlastungsbudget zusammenfassen. Nicht zuletzt wollen wir die Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetze weiterentwickeln, auch mit Lohnersatzleistung.

Noch in der Großen Koalition hatten wir einige Verbesserungen erreichen können: Die Leistungsbeträge für Pflegesachleistungen und für die Kurzzeitpflege haben wir um fünf Prozent erhöht. Bis zu 2.095 Euro stehen damit zur Verfügung, wenn zum Beispiel jemand zuhause für Haushaltshilfe und Pflege einen ambulanten Pflegedienst nutzt. Wir haben zudem einen Anspruch gegen die Krankenkasse auf Übergangspflege im Krankenhaus geschaffen, wenn sich die kurzfristige Versorgung – zum Beispiel nach einer Operation – nicht anders sichern lässt.

Bei den Heimkosten hatten wir in der Großen Koalition als ersten Schritt einen Leistungszuschlag durchgesetzt: 5 Prozent des Eigenanteils an den Pflegekosten im ersten

Jahr, 25 Prozent im zweiten Jahr, 45 Prozent im dritten Jahr und 70 Prozent, wenn jemand mehr als drei Jahre im Heim lebt. Schon mit dem Angehörigenentlastungsgesetz hatten wir erreicht, dass Kinder nur noch für die Heimkosten der Eltern herangezogen werden, wenn sie mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen.

Schon 2015 hatte die SPD das Pflegeunterstützungsgeld durchgesetzt. Angehörige können diese Lohnersatzleistung bei einer akuten Pflegesituation für bis zu 10 Tage erhalten, wenn sie zum Beispiel die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen. Beratung und Hilfe – auch in Nürnberg – gibt es bei den Pflegestützpunkten, die auf unsere frühere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt zurückgehen.

Wir haben noch zwei ganz große Ziele: Wir wollen die Pflegeversicherung langfristig von einer Teil- zu einer Vollversicherung umbauen – die dann auch Heimkosten weitgehend übernimmt. Bis dahin wollen wir die Eigenanteile weiter begrenzen. Und wir wollen das finanzielle Fundament der Pflegeversicherung durch die Umwandlung in eine Bürgerversicherung stärken. Als ersten Schritt wird eine Expertenkommission prüfen, die soziale Pflegeversicherung um eine freiwillige, paritätisch finanzierte Vollversicherung zu ergänzen, die die Pflegekosten möglichst vollständig übernimmt.

# UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUM DEUTSCHEN MUSEUM NÜRNBERG EINGESETZT:

JA ZUM MUSEUM - NEIN ZU DIESEM VERGABEVERFAHREN



Bild: picture alliance/dpa / Daniel Karmann

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Das — auch als Zukunftsmuseum bekannte — Museum auf dem Gelände „Augustinerhof“ im Herzen der Nürnberger Altstadt ist eine Zweigstelle des Deutschen Museums in München. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat zum Teil erhebliche Kompetenzüberschreitungen seitens der Staatsregierung im Zuge der Ansiedlung dieses Museums am Augustinerhof festgestellt. Daher wurde der Untersuchungsausschuss mit 11 Mitgliedern eingesetzt, der am 26. Januar seine Arbeit aufgenommen hat.

Als SPD-Fraktion begrüßen wir die Ansiedlung des Zukunftsmuseums in Nürnberg ausdrücklich, kritisieren aber die Art und Weise, wie dieses Projekt realisiert wurde: Nämlich laut dem Bayerischen Obersten Rechnungshof mit erheblichen Schäden für Bayerns Steuerzahler\*innen!

Worum geht es:

Die Ansiedlung des Zukunftsmuseums in Nürnberg hätte laut dem Bayerischen Obersten Rechnungshof europaweit ausgeschrieben werden müssen. Anfangs hatte der Ministerpräsident noch von einer Anschubfinanzierung von über acht Millionen Euro gesprochen, inzwischen betragen die



Kosten des Freistaats für Miete, Betrieb und Baukostenfinanzierung mehr als 200 Millionen Euro! Unabhängige Gutachten und der Bayerische Oberste Rechnungshof haben bereits bestätigt, dass unter anderem die Miete viel zu hoch sei.

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag zu untersuchen, ob der damalige Finanz- und Heimatminister und heutige Ministerpräsident einen sachwidrigen und unzulässigen Einfluss auf das Projekt, auf die Auswahl des Standorts am Augustinerhof

und damit den Abschluss des für den Freistaat mehrfachen problematischen Mietvertrags ausgeübt hat.

Der Untersuchungsausschuss wird auch untersuchen, ob der Mietvertrag tatsächlich ohne ordnungsgemäßes Vergabeverfahren abgeschlossen wurde und ob die Vergabe in Zusammenhang mit der Parteispende des Vermieters an die CSU steht. Der Untersuchungsausschuss muss nun vollständig aufklären, im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.



von STEFAN SCHUSTER, MdL

## Fachkräftemangel in Bayern

In der SPD-Landtagsfraktion sind wir uns einig, dass dem Fachkräftemangel in Bayern wirksam entgegengetreten werden muss. Dazu haben wir uns mit Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, zu einem Fachgespräch getroffen. Gemeinsam haben wir mit Andrea Nahles ein konkretes Maßnahmenpaket erarbeitet, das wir als SPD-Landtagsfraktion in den Bayerischen Landtag einbringen werden. Wir fordern die Zuwendung von Fachkräften zu erleichtern, Berufsabschlüsse schneller anzuerkennen, attraktivere Arbeitsbedingungen für Frauen zu schaffen, eine Ausbildungsoffensive zu starten und die Anreize zur Weiterbildung zu fördern.

Besonders brisant ist der Fachkräftemangel in bayerischen Kitas. Nach einer Berechnung der Bertelsmann-Stiftung fehlen bis 2030 bis zu 70.000 pädagogische Fachkräfte. Oftmals müssen deswegen Öffnungszeiten reduziert oder ganze Gruppen geschlossen werden. Um dieses Problem zu lösen, haben wir als SPD-Landtagsfraktion einen Dringlichkeitsantrag im Landtag eingereicht. Wir fordern Maßnahmen, um das pädagogische Personal zu entlasten, neue Fachkräfte zu gewinnen und eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit sicherzustellen. Dazu gehören der Ausbau der Studienplätze, eine einheitliche Auszubildendenvergütung, kostenlose Fort- und Weiterbildungen, ein Personalpool für Frühpädagogik, die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und eine Entlastung der Pädagogin-

nen und Pädagogen durch Hauswirtschaftskräfte und Verwaltungsmitarbeiter\*innen. In einem Kita-Not-Gipfel sollen diese Maßnahmen durch die Staatsregierung und Experten diskutiert und alle nötigen Entscheidungen baldmöglichst auf den Weg gebracht werden.

**Vier Wände statt leerer Worte:  
Wir wollen mehr Einsatz für bezahlbares Wohnen in Bayern**

Als Finanzminister hat Markus Söder 33.000 bezahlbare Landesbank-Wohnungen privatisiert. 2018 wurden tausende Wohnungen als Ersatz angekündigt. Bisher wurde jedoch nicht eine einzige gebaut. Nur 234 hat die Bayernheim, das Unternehmen des Freistaats, das bezahlbaren Wohnraum schaffen soll, gekauft. Der Wohnungsmangel im Freistaat verschlimmert sich so ständig, ohne dass durch die Staatsregierung gegengesteuert wird. Auf Bundesebene dagegen bringt unsere Bauministerin Klara Geywitz derzeit massive Förderungen auf dem Weg. Die Staatsregierung ruht sich aber auf dieser Unterstützung aus, anstatt endlich auch Initiative zu ergreifen und die Situation nachhaltig zu verbessern.

Im bayerischen Landtag haben wir als SPD-Fraktion die Verfehlungen der Staatsregierung und insbesondere der Bayernheim schon mehrfach angemahnt und Verbesserungen gefordert. Zuletzt haben wir deswegen eine aktuelle Stunde im Landtag einberufen und dabei mehr Einsatz für bezahlbaren Wohnungsbau in Bayern gefordert. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Staatsregierung eine Wohnungsmilliarde zur Verfügung stellen und die Bayernheim endlich effektiver ausgestatten. Weiterhin müssen die Baubehörden digitalisiert und mit mehr Personal ausgestattet werden. Nur so können größere Wohnungsbauprojekte zeitnah Entlastung schaffen. Außerdem fordern wir einen Leerstandsbericht,

um einen Überblick über ungenutzte Wohnimmobilien gewinnen zu können. Zudem sollte ein weiterführendes Flächenkataster eingeführt werden, das heißt, dass in einem landesweiten Flächenverzeichnis Auskunft über Lage und Größe sämtlicher Grundstücke in Bayern geführt wird.

## Reichsbürger in Weißenburg-Gunzenhausen

Am 07. Dezember 2022 hat eine bundesweite Razzia zu einer Verschwörung gegen die Bundesrepublik Deutschland stattgefunden. Dabei wurden auch Objekte im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen durchsucht. Diese stehen in Zusammenhang mit einem im Rahmen der Razzia festgenommenen Beschuldigten.

Erst im Nachhinein und nur nach Recherche eines lokalen Journalistenteams hat sich herausgestellt, dass der festgenommene Beschuldigte im Landkreis durchaus bekannt war und unter anderem eine Grundschule als IT-Dienstleister betreut hat. Von Seiten der Staatsregierung wurde bislang keinerlei Aufklärung betrieben und auch die Betroffene Schule wurde erst durch die Journalisten über das mögliche Sicherheitsrisiko informiert.

Die Vorfälle rund um die Reichsbürgerszene und die Verbindungen zu einer Gruppe terrorverdächtiger rechtsextremer Verschwörer in den letzten Wochen und Monaten zeigen eine Häufung in Mittelfranken. Auch ein vom Dienst suspendierter Weißenburger Polizist steht im Verdacht mit den Verschwörern in Kontakt zu stehen.

In Zusammenarbeit mit der SPD im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen habe ich deswegen eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt, die die lokalen Verbindungen der Reichsbürgerszene aufklären soll. Eine Antwort ist bis Ende März zu erwarten.



## JUSOS BEZIEHEN STELLUNG:

FÜR EINE KONSEQUENTE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE VERKEHRSWENDE IN NÜRNBERG – NEIN ZUM AUSBAU DES FRANKENSCHNELLWEGS, NEIN ZUM STATUS-QUO!



von ANIL ALTUN,  
Vorsitzender der Jusos Nürnberg

Zum Jahreswechsel haben sich die Jusos zur ihrer Jahreshauptversammlung (JHV) zusammengefunden. Bei dieser wurden die amtierenden Vorsitzenden Linda Reinke und Anil Altun fast einstimmig in ihrem Kurs bestätigt. Ebenfalls wurden ihre Stellvertreter\*innen Sandra Manthey, Leon Helmreich und Kai Neuhäuser wiedergewählt. Neu im Team ist Giusi Fisichella. Ein besonderes Anliegen des gewählten Vorstandes ist es, zu kontroversen Themen inhaltlich klare Stellung zu beziehen und Debatten anzustoßen!

Dazu möchte ich ganz persönlich ein Thema aufgreifen, was mir als Anwohner besonders wichtig ist. Wir Jusos haben uns auf der JHV gegen den von der Stadt Nürnberg geplanten, kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschneidwegs positioniert. Die Pläne widersprechen einer ökologischen und sozial gerechten kommunalen Verkehrspolitik, sie entstammen dem Gedanken einer autogerechten Stadt.

Zugleich wollen wir nicht beim aktuellen Status-Quo bleiben. Für die Anwohner\*innen bedeutet dieser schließlich einen unzureichenden Lärm- und Abgasschutz, eine schlechte Lebensqualität und niedrigere Lebenserwartung. Dementsprechend unterstützen wir die SPD Nürnberg bei ihrer Suche nach realistischen und adäquaten Alternativplänen.

In den Ausbauplänen zum Frankenschneidweg wird überdeutlich, dass die Verkehrspolitik in Nürnberg immer noch stark vom Gedanken der autogerechten Stadt geprägt ist. Das ist unter dem Aspekt einer menschengerechten Stadtplanung nicht mehr zeitgemäß und mit dem so schnell wie möglich zu realisierenden Klimaschutz nicht vereinbar. Die Vorgaben der Klimapolitik bedingen ein Umdenken in der Verkehrspolitik. Städte wie Amsterdam oder Kopenhagen sperren inzwischen ihre inneren Stadtbezirke größtenteils für den Autoverkehr und weiten die Flächen für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen massiv aus. Letztlich geht es um die menschengerechte

Verteilung des öffentlichen Raums. Die Planung einer Stadtautobahn ist jedoch eine verkehrsplanerische Idee aus den 1960er Jahren und steht der heutigen Entwicklung folglich komplett entgegen.

Des Weiteren würde die Trennung der Stadtteile St. Leonhard und Schweinau auf der einen Seite und die westliche Südstadt sowie Gostenhof auf der anderen Seite durch den geplanten Ausbau zementiert werden. Denn entgegen der weitläufigen Meinung werden die Verkehrsflächen an der Oberfläche im heutigen Kreuzungsbe- reich nicht verschwinden, sondern weiter ausgebaut werden.

Zusätzliche Verkehrsflächen bedeuten auch immer mehr Verkehr. Mehr Autos, mehr Abgase, mehr Lärm. Die Folge ist ein weiteres Absinken der Wohn-, Lebens- und Freizeitqualität in den besonders betroffenen Stadtteilen. Weiter würde der Ausbau den Transitverkehr fördern, auch überregionaler Verkehr würde durch die Stadt führen. Man würde gar den Stau in die Stadt hineinragen, dort wo Menschen leben.

Aber auch Elektroautos sind, wegen ihres weiterhin unverändert großen Flächen- und Energiebedarfs, nicht die Zukunft des innerstädtischen Verkehrs. Stattdessen gilt es, ÖPNV, Rad- und Fußgänger\*innenverkehr zu fördern. Gerade mit dem Mobilitätsbeschluss von Anfang 2021 hat der Stadtrat hierfür den richtigen Weg vorgezeichnet und eine Reduktion des KFZ-Verkehrs bis 2030 um etwa 20 % als Ziel gesetzt.



Angesichts der äußerst angespannten Haushaltslage der Stadt Nürnberg sind die Ausbaupläne unrealistisch. Es umfasst nach Kostenschätzung von 2022 knapp 700 Mio. €. Der genaue Förderbetrag durch den Freistaat ist dabei ungewiss. Angesichts der aktuell massiven Baupreissteigerungen ist eine seriöse Risikoabschätzung nahezu unmöglich. Dies in einer Zeit, in der große Kulturprojekte, wie die Sanierung der Kongresshalle samt Opernhausinterim, sowie unzählige Schulneubauten umgesetzt werden müssen. Für einen schlussendlichen Fahrzeitgewinn von etwa zwei Minuten erscheinen solche Investitionssummen in den Straßenbau doch reichlich unverhältnismäßig.

Jegliche Alternativen würden deutlich geringere Investitionen erfordern, z.B. könnte ein adäquater Lärmschutz laut SÖR für etwa 25 Mio. € umgesetzt werden. Alternative Ideen zum Ausbau des Frankenschneidwegs gibt es aktuell einige. Beispielsweise hat auch die TH Nürnberg ein Konzept namens „Frankenboulevard“ entwickelt. Über diese Alternativen muss im Rahmen einer modernen menschengerechten Stadtgestaltung zwingend diskutiert werden. Es geht dabei insbesondere darum, den Anwohner\*innen bestmöglichen Lärm- und Abgasschutz zu gewährleisten, die Stadtteile südwestlich des Frankenschneidwegs besser an die Innenstadt anzuschließen und den Klimaschutz zu forcieren. Das entspricht auch unserer sozialen Verantwortung, denn in diesen Stadtteilen wohnen aktuell überdurchschnittlich viele benachteiligte Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund.



## EIN NACHRUF AUF UNSEREN BERND ÜBELMANN

von KERSTIN GARDILL

Traurig und schockiert müssen wir von unserem Freund und Genossen, Bernd Übelmann, Abschied nehmen. Viel zu früh ist er von uns gegangen. Er hatte noch so viel vor – im privaten genauso, wie in seiner ehrenamtlichen Arbeit für die Nürnberger SPD. Wie aus dem Nichts hat ihn eine schwere Krankheit, binnen weniger Monate, aus dem Leben gerissen. Das lässt uns alle voller Fassungslosigkeit zurück.

Bernd war ein sehr besonderer Mensch. Ich hatte das große Glück, dass ich mit ihm befreundet sein durfte. Vor wenigen Wochen durfte ich noch lange mit ihm sprechen, dafür bin ich sehr dankbar. Jeder, der Bernd kannte, bemerkte schon nach kürzester Zeit, seine außerordentliche Fähigkeit zur Empathie, seine Zugewandtheit, seine Offenheit und seine Hilfsbereitschaft: Egal welche Probleme sich auftaten – Bernd war da und hat geholfen. Aufhebens hat er nie darum gemacht – es war selbstverständlich für ihn, für andere da zu sein.

Bernd war bekennender Buddhist und damit ein großer Menschenfreund. Er war aber auch ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat, der jegliche Ungerechtigkeit und Statusdenken verabscheute. Bernd organisierte, baute Dreickständer auf und ab, und war immer zur Stelle, wenn es mal „brannte“. Infostände zu betreuen und mit Menschen ins Gespräch zu kommen, das war seine Leidenschaft. Dabei war im jeglichen politische Schaulaufen fremd. Bernd wollte nichts „werden“ – er wollte mithelfen, die Werte der Sozialdemokratie weiter zu stärken und zu stützen. Das war: unser Bernd.

Er wird uns allen schmerzlich fehlen – als Sozialdemokrat, aber vor allem als Freund und Mensch.

Unsere Gedanken sind bei seiner Lebenspartnerin Christine, den Kindern und allen Angehörigen.

Ruhe in Frieden, Bernd.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Ein Service der Deutschen Post

## ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / MÄRZ 2023

01.03.23 – 19:30 Uhr

**SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen**

Restaurant Hammerschmiede,  
Laufamholzstraße 300

03.03.23 – 17:00 bis 20:00 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel

06.03.23 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel

07.03.23 – 19:00 Uhr

**SPD Langwasser: Vorstandssitzung**

07.03.23 – 19:30 Uhr

**SPD Nordbahnhof-Vogelherd:**

**Ortsvereinsitzung**

Gaststätte Wäi Daham,  
Pilotystraße 44, 90408 Nürnberg

09.03.23 – 18:00 Uhr

**AfA: Mitgliederversammlung**

Tagungsraum Käte Strobel

10.03.23 – 17:00 bis 20:00 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel

11.03.23 – 14:00 Uhr

**SPD Laufamholz: Jahresempfang**

Gemeindsaal Heilig-Geist-Kirche,  
Am Doktorsfeld 13, 90482 Nürnberg

13.03.23 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel

14.03.23 – 17:00 Uhr

**Mieterbüro**

Termine bitte unter  
0911 43896 0 ausmachen

14.03.23 – 19:30 Uhr

**SPD Fischbach: Mitgliederversammlung**

TSV Altenfurt, Wohlauser Straße 16  
(Skizimmer)

14.03.23 – 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Mitgliedertreffen**

SIGENA Plauenstr. 7, 90491 Nürnberg

15.03.23 – 19:00 Uhr

**SPD Gibitzenhof-Steinbühl: Aktiventreff**

Informationen zum Treffpunkt erhältst  
du beim Ortsvereinsvorsitzenden:

[anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de](mailto:anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de)

15.03.23 – 19:00 Uhr

**AK Umwelt**

Tagungsraum Käte Strobel

17.03.23 – 17:00 bis 20:00 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel

18.03.23 – 14:00 bis 16:00 Uhr

**AK gegen Rechts: Mitgliederversammlung**

Tagungsraum Käte Strobel

20.03.23 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel

22.03.23 – 18:00 Uhr

**SPD Langwasser vor Ort:**

**Besuch der Kunstvilla mit Günter Gloser**

Bei Interesse einfach bei uns melden:

[kontakt@langwasser-spd.de](mailto:kontakt@langwasser-spd.de)

24.03.23 – 17:00 bis 20:00 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel

25.03.23

**Jahreshauptversammlung  
der SPD Nürnberg**

Uhrenhaus N-Ergie,  
Sandreuthstraße 21, 90441 Nürnberg

26.03.23 – 11:00 Uhr

**SPD Nordostbahnhof, Maxfeld, Wöhrd:**

**Politischer Frühschoppen mit**

**MdL Arif Tasdelen**

Landbierparadies

Leipzigerstr. 32,

90491 Nürnberg

27.03.23 – 19:00 Uhr

**Jusos: Montagssitzung**

Tagungsraum Käte Strobel

28.03.23 – 14:30 bis 17:00 Uhr

**AG 60+: Mitgliedertreffen**

Tagungsraum Käte Strobel

28.03.23 – 17:00 Uhr

**Mieterbüro**

Termine bitte unter

0911 43896 0 ausmachen

29.03.23 – 19:00 Uhr

**SPD Hummelstein:**

**Mitgliederversammlung mit Gast**

Wirtshaus Galvani,

Galvanistr. 10,

90459 Nürnberg

29.03.23 – 18:00 Uhr

**AfB: Mitgliedertreffen**

Tagungsraum Käte Strobel

31.03.23 – 17:00 bis 20:00 Uhr

**MindestTon: Chorprobe**

Tagungsraum Käte Strobel

**Bitte beachten, dass es zu terminlichen  
Abweichungen kommen kann. Bitte in-  
formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-  
vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,  
ob der jeweilige Termin stattfindet.**